

Per E-Mail: info@publikumskonferenz.de

Mitteldeutscher Rundfunk · Kantstraße 71-73 · 04275 Leipzig

Herrn
Jens Köhler
Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.

MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

JURISTISCHE DIREKTION

Kantstraße 71-73
04275 Leipzig
Postanschrift 04360 Leipzig
Tel.: (0341) 3 00 0
www.mdr.de

**Programmbeschwerde „Schüsse vor der Krim“
Berichterstattung bei MDR Aktuell am 23.06.2021, 19:30 Uhr**

Sehr geehrter Herr Köhler,

die Rundfunkratsvorsitzende hat Ihre an das Gremienbüro des MDR gerichtete Programmbeschwerde vom 27.06.2021 gemäß Artikel 13 Abs. 2 Satz 1 MDR-Satzung mit der Bitte an die Intendantin weitergeleitet, sich Ihnen gegenüber zu äußern. Die Intendantin des MDR, Frau Prof. Dr. Karola Wille, hat wiederum mich gebeten, Ihnen in ihrem Auftrag zu antworten.

Ihre Beschwerde richtet sich gegen den Fernsehbeitrag „Schüsse vor der Krim“, der am 23.06.2021 um 19.30 Uhr in der Nachrichtensendung MDR AKTUELL ausgestrahlt wurde. Sie betrachten diesen Beitrag als „NATO-Hofberichterstattung“ und monieren, dass die beanstandete Berichterstattung nicht dem gesetzlichen Auftrag des MDR (§ 6 MDR-Staatsvertrag) gerecht werde und gegen die Angebotsgrundsätze (§ 8 MDR-Staatsvertrag) verstoße. Insbesondere verletze der Fernsehbeitrag das Gebot, alle Informationsangebote gewissenhaft zu recherchieren und wahrheitsgetreu und sachlich zu halten. Er übernehme „völlig kritiklos“ die NATO-Sichtweise zur „Annexion der Krim.“

Der MDR nimmt Ihren Vorwurf sehr ernst. Deshalb habe ich die zuständige Redaktion um Stellungnahme gebeten. Im Ergebnis dessen kann ich Ihre Kritik nicht nachvollziehen.

Leipzig, 02.08.2021

Seite 1/3

jk

210802-DK-OS AW an Hr.

Köhler.docx

VIS II PR 14

Honorarprofessor
Dr. Jens-Ole Schröder
Juristischer Direktor

Tel.: +49.(0)341 300 7500

Fax: +49.(0)341 300 7530

juristischedirektion@mdr.de

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die Intendantin. Der MDR kann auch durch von der Intendantin Bevollmächtigte vertreten werden. Auskünfte über den Kreis der Bevollmächtigten und den Umfang der Vollmachten erteilt der Juristische Direktor des MDR.

Die Anmoderation zu dem beanstandeten Beitrag hat folgenden Wortlaut:

„Es ist einer jener Zwischenfälle, für die es viele Versionen gibt. Fakt ist: Heute fielen Schüsse vor der Krim. Mit dabei: Russische Marineschiffe und ein britischer Zerstörer. Aus Moskau hieß es, die russische Marine habe Warnschüsse gegen das britische Kriegsschiff abgefeuert, das in russische Hoheitsgewässer eingedrungen sei. Die Briten dementierten. Es habe keine Warnschüsse gegeben. Die Schüsse seien zuvor als Teil einer russischen Militärübung angekündigt worden. Zudem habe sich der britische Zerstörer in ukrainischen Gewässern befunden.“

Somit wird den Zuschauern schon in der Anmoderation vermittelt, dass es verschiedene Sichtweisen zu dem Zwischenfall vor der Halbinsel Krim gibt. Anschließend werden in Kurzfassung sowohl die russische als auch die britische Darstellung wiedergegeben, ohne dass irgendeine Parteinahme erfolgt.

Diese Linie setzt sich in dem anschließenden Fernsehbeitrag fort.

Auch hier werden jeweils offizielle Quellen der beiden beteiligten Staaten zitiert. Wörtlich heißt es:

„(...) Diesmal geht es um ein Kriegsschiff der britischen Marine. Das sei drei Kilometer in russische Hoheitsgewässer eingedrungen, so die Regierung in Moskau.“

Darauf folgt ein Statement der Sprecherin des russischen Außenministeriums, das wie folgt übersetzt wird:

„Wir bewerten das als grobe Provokation, die gegen internationales Recht und russisches Gesetz verstößt. Wir werden den britischen Botschafter ins Außenministerium einbestellen.“

Der anschließende Off-Kommentar rundet die Wiedergabe der russischen Position ab:

„Ein russisches Patrouillenschiff habe Warnschüsse abgegeben, ein Kampffjet habe Bomben vor dem britischen Zerstörer abgeworfen, so Moskau.“

Danach wird die britische Sicht dargestellt:

„Das britische Verteidigungsministerium dementierte diese Darstellung via Twitter. (Zitat aus dem Englischen übersetzt:) Es wurden keine Warnschüsse abgegeben. Das Schiff der königlichen Marine befindet sich auf einer friedlichen Durchfahrt durch ukrainisches Hoheitsgewässer unter Beachtung internationalen Rechts.“

Weiter geht es mit einer allgemeinen Einordnung, die den Zuschauer(inne)n in der gebotenen Kürze den Hintergrund der unterschiedlichen Betrachtungsweisen vermittelt:

„Die russische Annexion der Krim ist international überwiegend nicht anerkannt. Aus Sicht der meisten Staaten gehört das Seegebiet zur Ukraine.“

Damit wird das Geschehen in objektiver und sachlicher Form auf Grundlage offizieller Verlautbarungen der beteiligten Staaten unter Berücksichtigung der widerstreitenden Sichtweisen wiedergegeben.

Soweit Sie in Ihrem Schreiben darauf verweisen, dass sich die Twitter-Meldung der britischen Marine im Nachhinein als Falschmeldung herausgestellt habe, mag dies – je nach Nachrichtenwert – Anlass für eine entsprechende Folgeberichterstattung geben. Es führt aber nicht dazu, dass die ursprüngliche Berichterstattung des MDR dadurch ihrerseits nachträglich zu einer Falschmeldung wird. Der MDR hat die Statements des russischen Außenministeriums und der britischen Marine in dem beanstandeten Fernsehbeitrag zitiert, ohne sich eine der Positionen zu eigen zu machen. Auch im Übrigen legt die zuständige Redaktion Wert auf die Feststellung, weder russophob eingestellt noch geopolitisch voreingenommen zu sein.

Ergänzend kann ich Ihnen mitteilen, dass der MDR vor kurzem ein so genanntes „Verifizierungsteam“ ins Leben gerufen hat, um die Verbreitung unzutreffender Meldungen noch weiter zu minimieren und die nachrichtliche Berichterstattung für das Publikum noch transparenter zu gestalten. Nach Auskunft der Redaktion könnte dort u. U. auch der von Ihnen angesprochene Sachverhalt thematisiert werden.

Aus den genannten Gründen kann ich nicht erkennen, dass die beanstandete Berichterstattung die im MDR-Staatsvertrag normierten Angebotsgrundsätze verletzt.

Sofern Sie Ihre Beschwerde durch meine vorliegende Stellungnahme nicht als erledigt betrachten, haben Sie nach Artikel 13 Abs. 2 Satz 2 MDR-Satzung das Recht, sich erneut an den Rundfunkrat zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Honorarprofessor Dr. Jens-Ole Schröder